

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Juli 2022

**Die Linke fährt  
die Schweiz an  
die Wand**

Seite 5



**Faire AHV-Renten für  
alle Jahrgänge:  
JA am 25. September**

Seite 11



**Am 25.9: JA zur  
Verrechnungs-  
Steuerreform**

Seite 15



## Mehr Freiheit. Mehr Schweiz. Mehr SVP.

## Die SVP Schweiz wünscht allen einen schönen 1. August.

# Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Am 1. August feiern wir den Geburtstag der Schweiz. Eine 731-jährige Erfolgsgeschichte: In keinem anderen Land verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz. Den Grundstein legte der Bundesbrief von 1291. Im Hinblick auf die «Arglist der Zeit» schworen die Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden, einander Beistand zu leisten. Damals kam die Bedrohung von aussen: durch fremde Steuervögte und fremde Richter. Heute lauert die «Arglist der Zeit» im Inneren: Die links-grüne Politik zerstört schleichend Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung.

Damit auch unsere Kindeskinde eine sichere Zukunft in Freiheit haben, braucht die Schweiz eine Erneuerung des Schutzbündnisses – stehen wir gemeinsam ein:

## Für eine starke Armee

Die Neutralität und eine starke Armee haben uns seit über 200 Jahren vor blutigen Konflikten bewahrt. Doch seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 haben die Zeitgeist-Politiker dies vergessen – und die Vertreter der SVP, die sich für eine starke Armee zum Schutz von Land und Leuten eingesetzt haben, als Ewig-Gestrige verspottet. Der Angriffskrieg in der Ukraine zeigt, wie gefährlich solche naiven Träumereien sind.

## Für eine sichere, kostengünstige und unabhängige Energieversorgung

Auch bei der Versorgung unseres Landes mit Energie stand einst die Unabhängigkeit im Vordergrund. In den letzten Jahren setzten die anderen Parteien aber auf internationale Abkommen und kopierten blind den Ausstieg aus der Kernkraft. Einzig die SVP warnte, dass wir bald kalt duschen müssten – und wurde dafür ausgelacht. Jetzt lacht niemand mehr. Statt an der gescheiterten Energiestrategie 2050 festzuhalten, braucht es jetzt klare Führungsverantwortung: Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung im Interesse der Schweiz.

## Für eine sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln

Angesichts der weltweit drohenden Hungerkrise müssen wir alles tun, um die

Schweizer Bevölkerung mit gesunden, einheimischen Lebensmitteln zu versorgen. Statt mehr Lebensmittel zu produzieren, müssen unsere Bauern Schmetterlinge zählen und fruchtbare Böden als Ökofläche ausscheiden.

## Für mehr Geld im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger

Inflation, steigende Preise, hohe Abgaben und Steuern: Der Staat nimmt der hart arbeitenden Bevölkerung immer mehr Geld aus der Tasche. Jetzt müssen die Familien, das Gewerbe, die Senioren und der Mittelstand entlastet werden. Dafür sind die staatlichen Abgaben auf Benzin, Diesel, Öl, Strom sofort zu senken. Denn teures Benzin und Heizöl heisst steigende Mieten und Transportkosten. Dieses Geld fehlt den Schweizerinnen und Schweizern zum Leben.

## Für sichere Landesgrenzen – gegen die masslose Zuwanderung

Die masslose Zuwanderung führt zu immer mehr Problemen: Stau auf den Strassen; zu

viele fremdsprachige Kinder gefährden das Bildungsniveau in den Schulen; Asylmigranten kosten Milliarden; die Landschaft wird zubetoniert. Allein 2022 könnten bis zu 200'000 Menschen zusätzlich einwandern. Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen. Es braucht auch dringend neue Asyl-Regeln. Es kann nicht sein, dass jeder Asylmigrant einfach hierbleiben und auf Kosten der Allgemeinheit leben kann.

Der 1. August soll uns jedes Jahr daran erinnern, dass wir gerade in schwierigen Zeiten füreinander einstehen und unser Schutzbündnis erneuern – gegen die Arglist von innen und aussen. Ich wünsche allen einen schönen Nationalfeiertag!

Marco Chiesa  
Ständerat und Präsident  
der SVP Schweiz



# Die Neutralität ist fundamental für die Schweiz

**Der Bundesrat und die anderen Parteien geben die Neutralität fahrlässig auf. Damit gefährden sie eine der tragenden Staatssäulen der Schweiz – und eine Voraussetzung für Frieden und Stabilität.**



von Peter Keller  
Nationalrat  
Hergiswil (NW)

Es ist schon erstaunlich, wie schnell gewisse Parteien und Politiker ihre Meinungen wechseln. Besonders tragisch ist es, wenn es um fundamentale Fragen wie die Neutralität geht.

Die Präsidenten von FDP und Mitte, Thierry Burkart und Gerhard Pfister, unterstützen die kopflose Sanktionspolitik des Bundesrates. Sie fordern sogar Waffen- und Munitionslieferungen an kriegführende Staaten wie die Ukraine. Sie wollen die Schweiz in die Arme der Nato treiben. Und sie stellen die bewaffnete Neutralität der Schweiz ganz generell in Frage.

## Dank Neutralität von Weltkriegen verschont

Der Angriff auf eine solide, glaubwürdige und konsequente Neutralitätspolitik führt der Schweiz grossen Schaden zu. Denn die Neutralität ist eine der wichtigsten Staatsmaximen der Schweiz. Sie garantiert uns langfristige Sicherheit, Frieden und Stabilität. Auf dem Wiener Kongress 1815 wurde der Eidgenossenschaft die Neutralität international zugesichert. Seitdem ist unser Land – und vor allem unsere Bevölkerung! – von Kriegen verschont geblieben.

Dank der Neutralität haben wir sogar die beiden Weltkriege unversehrt überlebt. Doch die Tradition der Neutralität reicht noch weiter zurück: Be-

reits 1647 wurde sie in Dokumenten der Tagsatzung erwähnt. Und sie ist im Völkerrecht und auch in unserer Bundesverfassung verankert.

## «Wahrung der Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlfahrt»

Das Neutralitätsrecht schreibt verbindlich vor, wie sich neutrale Staaten zu verhalten haben: Sie dürfen nicht an bewaffneten Konflikten teilnehmen und kriegführende Parteien nicht begünstigen (etwa durch die Lieferung von Waffen oder Munition). Ausserdem müssen sie die Unverletzlichkeit ihres Territoriums garantieren, damit sie nicht zu einem sicherheitspolitischen Vakuum

«Wahrung der Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlfahrt unseres Landes», wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) schreibt.

## Bewaffnet, neutral und friedlich

Dank ihrer Neutralität kann die Eidgenossenschaft ihre Guten Dienste anbieten und in internationalen Konflikten glaubwürdig vermitteln. Genau diese Rolle hat der Bundesrat mit seiner blinden Übernahme der EU-Sanktionen verspielt.

Die SVP fordert deshalb die sofortige Rückkehr zur umfassenden, bewaffneten Neutralität. Das heisst: Sich nicht



Die politischen Windfahnen der anderen Parteien geben die Neutralität auf. Dabei hat sie uns vor den beiden Weltkriegen verschont und trägt zum Frieden in der Welt bei.

werden. Die Neutralität ist also kein Wunschprogramm.

Politisch bleibt sie anspruchsvoll – dabei müssen wir uns selbst und der Welt immer wieder klarmachen, was sie bedeutet. Sie entspringt nicht mitleidloser Profitgier, sondern dient der

in fremde Konflikte mischen, sich notfalls selber verteidigen können und – wo möglich – als Vermittlerin auftreten.

Und für alle politischen Windfahnen: Wenn jedes Land so neutral wäre wie die Schweiz, gäbe es keine Kriege in der Welt.

# Die SVP ist die einzige Garantin der Sicherheit

**Die militärische Sicherheit unseres Landes ist nicht mehr gewährleistet. Auch die Versorgung mit Energie und gesunden einheimischen Lebensmitteln ist gefährdet. Schuld daran sind die anderen Parteien. Es braucht eine Korrektur bei den nächsten Wahlen.**



von Alfred Heer  
Nationalrat  
Zürich (ZH)

Wir leben in unruhigen Zeiten. Zuerst die Corona Krise, jetzt der Krieg in der Ukraine. Dies führt zu einer Krise in den Bereichen der Energie, der Ernährung und der militärischen Sicherheit. Dass die Linken und Grünen Tagträumer sind, welche nun in der Realität aufwachen, mag nicht überraschen. Allerdings sind die FPD und die Mitte-Partei nicht viel besser unterwegs. Sie geben die Neutralität grundlos auf und machen die Schweiz zur Kriegspartei. Das ist brandgefährlich.

## Armee

«Jedes Land hat eine Armee, die eigene oder eine fremde.» Linke machten sich lustig über diesen Ausspruch. Sie fordern nichts weniger als die Abschaffung der Armee. Zwar haben einige linke Politiker ihre Position gewechselt. Trotzdem sind sie hauptverantwortlich dafür, dass die Schweizer Armee heute nicht auf dem Stand ist, auf welchem sie sein sollte, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Dank dem Druck der SVP hat das Parlament endlich die erforderlichen Mittel gesprochen und auch der Bundesrat macht nun mit der dringend notwendigen Aufrüstung der Armee vorwärts.

## Energie

Der grosse Betrug in der Energiepolitik ist von der ehemaligen Mitte-Bundesrätin Doris Leuthard zu verantworten.

Sie hat dem linken Druck nachgegeben. Links-Grün, Mitteparteien und Teile der FDP sind dafür verantwortlich, dass uns schon bald die Energie ausgehen könnte. Sie glaubten, dass die Politik die Physik aushebeln kann. Man kann nicht Kernkraftwerke abschalten und meinen, dass man diese Bandenergie mit Wind und Solarstrom ersetzen kann. Man kann nicht der Masseneinwanderung das Wort reden und meinen, dass dies dann mit weniger Energie funktionieren würde.

Frau Leuthard sprach von Gaskraftwerken, um die Bandenergie sicherzu-



**Die Sicherheit der Schweiz wurde durch jahrzehntelange rosa-grüne Utopien ruiniert. Der Bestand und die Mittel der Armee wurden drastisch reduziert, die Versorgung mit Energie und Nahrungsmitteln ist akut gefährdet.**

stellen. Wie dumm, dass man dabei komplett vom Ausland abhängig ist. Man kopierte das gescheiterte deutsche System der Energiewende. Die Deutschen müssen jetzt ihre Kohlekraftwerke wieder einschalten. Ausgerechnet!

Es besteht die Gefahr, dass es bereits im nächsten Winter durch die möglicherweise ausbleibenden Gaslieferungen

eine Stromlücke und Energielücke in Europa geben wird. Davon werden auch wir betroffen sein, da wir nicht mehr genügend Strom selber produzieren können. Den Links-Grünen, der Mitte, den FDPlern, den Kernkraft-Abschaltern und den permanenten Einsprechern gegen Staumauererhöhungen sei Dank.

## Landwirtschaft

Seit Jahrzehnten werden der Landwirtschaft Vorschriften gemacht, wie sie ihre Betriebe zu führen hat. Dabei steht nicht die Ernährungssicherheit im Vordergrund, sondern Nebensächlichkeiten wie beispielsweise das mit Geranien beschmückte Heimetli. Tierschutz und Ökologie sind wichtig. Wenn aber jemand etwas davon versteht, dann sind dies unsere Landwirte und nicht realitätsfremde grüne und linke Utopisten in der Politik und in der Verwaltung. Linke und Grüne meinten, dass es nie ein Ernährungsproblem geben werde. Jetzt werden sie auch hier eines Besseren belehrt.

## Verantwortliche für das Debakel abwählen

Die SVP ist die einzige Garantin für die Sicherheit unseres Landes. Sie hat dies in den vergangenen Jahren, auch wenn es nicht immer populär war, bewiesen. Sie macht Poli-

tik für unser Land und unsere Leute und nicht für den Zeitgeist, welcher eben ein Geist und keine Realität ist. Linke, Grüne, Mitte und FDP sollten in sich gehen und überlegen, was sie mit ihrer Politik angeordnet haben. Bei den nächsten Wahlen haben es die Bürgerinnen und Bürger in der Hand, die Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Verantwortlichen für dieses Debakel abzuwählen.

# So fährt die Linke die Schweiz an die Wand

Unsere Stromversorgung ist bereits diesen Winter ernsthaft gefährdet. Schuld ist neben einer verfehlten Energiepolitik die Massenzuwanderung. Beides hat die SVP immer bekämpft.



von Thomas Matter  
Nationalrat  
Meilen (ZH)

Noch vor kurzem hat Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) vor Strom-Blackouts im Jahr 2025 gewarnt. Mittlerweile hat sie die Vorwarnzeit drastisch verkürzt und spricht bereits vom nächsten Winter 2022/23. Dabei bedeutet ein solcher Blackout eine sehr schwere Bedrohung für unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unsere Haushalte – schlimmer noch als Covid-19. Weil zumeist keine Notstrom-Systeme vorhanden sind, würden Computer, Server, Telefone sowie Beleuchtung und Belüftung ausfallen. Die meisten Betriebe müssten ihre Angestellten nach Hause schicken. Geld-, Billett- und Kassensysteme würden nicht mehr funktionieren, der Zahlungsverkehr würde zusammenbrechen. Wir müssten wegen Ausfall der Kühlung massenhaft verdorbene Lebensmittel beklagen, die Tiere in der Landwirtschaft könnten nicht mehr versorgt werden. Eine Stunde ohne Strom verursacht in der Schweiz Wirtschaftsschäden bis zu 200 Millionen Franken, ein Tag ohne Strom zwischen 2 und 4 Milliarden.

Schuld an diesem drohenden Stromdebakel ist vor allem die links-grüne Politik. Sie trägt die Hauptverantwortung für die verfehlte Energiestrategie 2050 mit ihrem Verbot der Kernkraft, der Abhängigkeit von Auslandimporten und der illusori-

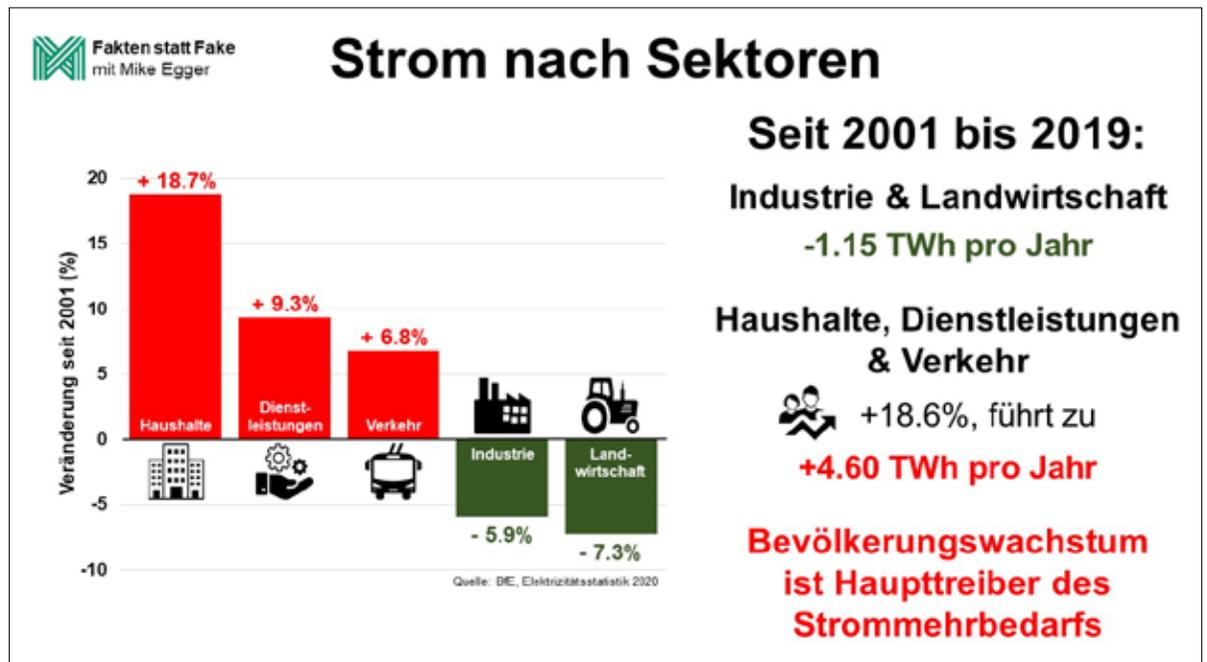
rischen Hoffnung auf Ersatzstrom durch Alternativenenergien. Leider hatten auch die FDP, die Mitte und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse nicht die Kraft, sich gegen den verheerenden Zeitgeist zu stellen. Die SVP musste die Referenden gegen das Energiegesetz und das CO<sub>2</sub>-Gesetz allein tragen. Eine wirklichkeitsfremde Energiepolitik verhindert jetzt die sichere, bezahlbare und weitgehend CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung.

## Andere Parteien sind schuld an Bevölkerungsexplosion

Doch die anderen Parteien und die Wirtschaftsverbände verschulden nicht nur

beweisen: Ohne diese Bevölkerungsexplosion hätten wir heute kein Problem mit der Stromversorgung.

Zwischen 2001 bis 2019 hat der Stromverbrauch von Industrie und Landwirtschaft deutlich abgenommen, jener von Haushalten, Dienstleistungen und Verkehr aber umso deutlicher zugenommen (Grafik unten). Der Stromverbrauch ist zwar pro Kopf um über 10 Prozent zurückgegangen, insgesamt aber trotzdem deutlich angestiegen. Bis 2004 hat die Schweiz Jahr für Jahr netto Strom exportiert, seit der Personenfreizügigkeit aber in etlichen Jahren netto Strom importieren müssen. In den Haus-



**Die Fakten sind klar: Die überproportionale Einwanderung in die Schweiz erfordert immer mehr Strom und Energie. In fast 20 Jahren ist der Verbrauch der Haushalte um 18,7% gestiegen, während der Pro-Kopf-Verbrauch um 10% gesunken ist.**

das drohende Stromdebakel. Sie sind auch verantwortlich für die hierzulande herrschende Bevölkerungsexplosion. Denn sie haben die Personenfreizügigkeit – im Gegensatz zur SVP – unkritisch unterstützt und sehr viel Geld in die entsprechenden Abstimmungen gesteckt. Warum erwähne ich das? Die Personenfreizügigkeit ist der Haupttreiber der hiesigen Bevölkerungsexplosion. Und die unbestechlichen Zahlen

halten verzeichnen wir seit 2001 eine Zunahme des Stromverbrauchs bei gleichzeitiger Abnahme in der Industrie um fast 20 Prozent. In dieser Zeit ist unser Land um etwa 700'000 Haushalte gewachsen.

Fazit: Das Bevölkerungswachstum ist der klare Hauptgrund des Strom-Mehrbedarfs. Und damit auch des drohenden Blackouts.

# Die SVP stärkt die Kaufkraft des Mittelstandes

Die SVP will mit gezielten Steuerentlastungen im Bereich Krankenkassenprämien, durch allgemeine Abzüge für Rentner und eine Reduktion der Mineralölsteuer die Kaufkraft erhalten. Davon profitieren vor allem die mittleren und tiefen Einkommen.



von Albert Röstli  
Nationalrat  
Uetendorf (BE)

Die Teuerung steigt weiter, die Kaufkraft sinkt, worunter vor allem der Mittelstand leidet. Mit gezielter Steuerentlastung will die SVP dieser Entwicklung entgegensteuern und dabei gleichzeitig das Staatsbudget aufgrund der Mindereinnahmen verschlanken beziehungsweise die Bundesverwaltung zwingen, sich zu Effizienzsteigerung und zur Konzentration auf das Wesentliche durchzuringen. Dem gegenüber stehen die Massnahmen der SP und erstaunlicherweise der nach links abdriftenden Mitte, die mit einer höheren Geldausschüttung das Staatsbudget noch auszudehnen beabsichtigen. Dies ist ein Bumerang, da es dann genau wieder den Mittelstand trifft, der diese Mehrausgaben über höhere Steuern

ausgleichen muss. Die SVP wird deshalb im Parlament die folgenden Massnahmen fordern:

## Einen vollständigen Abzug der Krankenkassenprämien von den Steuern

Diese Massnahme soll anstelle einer Erhöhung der Prämienverbilligung – und damit einer massiven Budgetausdehnung – beim Bund erfolgen. Sie wird sehr wirkungsvoll sein, da davon nicht nur die untersten Einkommen, sondern der Mittelstand insgesamt profitieren werden.

## Einen allgemeinen Steuerabzug für tiefe Rentnereinkommen

Besonders AHV-Bezügerinnen und -Bezüger mit tiefen Einkommen haben aufgrund des erreichten Rentenalters kaum die Möglichkeit, mit alternativen Tätigkeiten ihr Einkommen aufzubessern. Deshalb soll ihre Kaufkraft erhalten bleiben, indem ein allgemeiner Abzug auf ihrem Einkommen realisiert wird, wie das zum Beispiel im Kanton Tessin erfolgt.

## Eine Reduktion der Mineralölsteuer

Auch wenn die Reduktion der Mineralölsteuer im Parlament in der Juni-Session abgelehnt worden ist, behält sich die SVP die erneute Einreichung dieser Massnahme vor, insbesondere für den Fall, dass die Treibstoffpreise weiter steigen sollten. Gerade die Menschen im ländlichen Raum, die auf ein Auto angewiesen sind, werden durch die heutigen Benzin- und Dieselpreise ganz besonders belastet. Über Jahre haben sie als Autofahrer die allgemeine Bundeskasse reichlich gespiesen. Es wäre nichts als fair, jetzt in dieser schwierigen Situation für eine beschränkte Zeit eine Entlastung zu beschliessen, wie das auch die umliegenden Länder Frankreich, Deutschland und Österreich umgesetzt haben.

Mit diesen gezielten Entlastungsmassnahmen könnte ein wesentlicher Teil des Kaufkraftverlusts aufgefangen werden, dies verbunden mit einer Verringerung anstelle einer Erhöhung der Staatsquote.

## NEUER CITROËN C5 X PLUG-IN HYBRID

GELASSENHEIT. NEU DEFINIERT.

[citroen.ch](https://citroen.ch)

Angebotgültig für den Kauf zw. dem 1.7.–31.7.2022. Angebotgültig für Privatkunden, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empf. VP inkl. MwSt. Neuer Citroën C5 X Hybrid 225 e-EAT8 Shine, Katalogpreis CHF 53'990.–; Garantie 5 Jahre/100'000 km (was zuerst eintritt) geschenkt; Verbrauch gesamt 1.6 l/100 km; CO<sub>2</sub>-Emission 36 g/km; Treibstoffverbrauchskategorie A. Symbolfoto. Citroën behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern.



# Funktionierende Verkehrsinfrastruktur statt links-grüne Tempo-30-Ideologie

Die Linken und Grünen legen den Verkehr lahm. Das beeinträchtigt unseren Wohlstand, unsere Lebensqualität und unsere individuelle Freiheit. Die SVP hält mit Initiativen dagegen.



von Benjamin Fischer  
Nationalrat  
Volketswil (ZH)

Auf breiter Front wird der Angriff gegen den Individualverkehr geführt. Ein beliebtes Mittel sind unverhältnismässige Temporeduktionen, allen voran natürlich Tempo-30-Zonen. Die Verkehrsverhinderer versuchen es in den Städten, in den Kantonen sowie auch auf Bundesebene - und dort, wo die Mehrheiten Links-Grün sind, kommen sie auch damit durch. Dies ist leider immer öfters der Fall. Es gibt durchaus Abschnitte, wo Tempo 30 einen Sinn hat, beispielsweise in Quartierzentren, vor Heimen oder Schulen.

Den Verkehrsverhinderern geht es aber schon lange nicht mehr um eine sachliche Debatte, sondern um reine Ideologie. Sie wollen flächendeckend Tempo 30 innerorts auf allen Hauptverkehrsachsen, wie das Beispiel der Stadt Zürich zeigt. Dies führt zu grossem Zeitverlust für alle Verkehrsteilnehmenden und hat einen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden zur Folge. Neben der Bevölkerung leiden auch die Unternehmen, die auf rasche und flüssige Verbindungen angewiesen sind.

## Mehr Ausweichverkehr in Quartieren

Tempo 30 auf Hauptstrassen blockiert aber auch den öffentlichen Verkehr sowie die Blaulicht-Fahrzeuge und führt damit zu weniger Sicherheit. Dabei ist der Nutzen von Temporeduktionen für den Lärmschutz im Vergleich zu anderen Mitteln wie Flüsterbelägen oder geräuschoptimierter Reifen eher bescheiden. Tem-

pureduktionen auf Hauptverkehrsachsen führen zudem zu unerwünschtem und ineffizientem Ausweichverkehr. Nur durch die Konzentration des Autoverkehrs auf das Hauptstrassennetz wird der Durchgangsverkehr aus den Quartieren ferngehalten.

## SVP lanciert Initiative

Die SVP Zürich unterstützt daher eine kantonale ÖV-Initiative, die das Ausbremsen des öffentlichen Verkehrs durch Tempo 30 verhindern will. Und zusätzlich lancieren wir eine Initiative, die Tempo 30

nicht um den Lärm, sondern angeblich um eine Staureduktion. Zur Debatte steht unter anderem eine Verringerung des Tempos bei Staufahrt auf 60 Km/h. Die effektivste Massnahme, um Stau zu verhindern, wäre es, das Autofahren gleich ganz zu verbieten. Das ist leider kein schlechter Scherz: Viele Grüne stehen schon heute ganz offen zu diesem Ziel.

## Lebensqualität dank Mobilität

Dabei ist die Mobilität zentral für unsere hohe Lebensqualität und unseren



Mehrere Schweizer Städte wie Zürich, Lausanne und - jetzt - Luzern haben nachts auf Tempo 30 in der Stadt umgestellt. Diese Politik ist eine neue Schikane der linken Stadtverwaltungen gegen Autofahrer. Schikanen statt Lösungen ist das Motto der linken Städte.

auf Hauptverkehrsachsen unterbindet. Die Stadtzürcher SVP hat ihre Initiative zum Thema bereits eingereicht.

Währenddessen verkündet das Bundesamt für Strassen (Astra) unter der Führung von UVEK-Vorsteherin Simonetta Sommaruga, weitere Temporeduktionen auf Autobahnen zu prüfen. Diesmal geht es

Wohlstand sowie ein ganz grundlegender Teil der persönlichen Freiheit jedes einzelnen. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind auf eine funktionierende und effiziente Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Dabei geht es nicht darum, Individual- und öffentlichen Verkehr gegeneinander auszuspielen. Ob Zug, Tram, Velo, Auto oder Lastwagen - es braucht sie alle.

# Besuchen Sie einen 1.-August-Anlass

## Hier treten unsere National- und Ständeräte sowie unsere Bundesräte auf



### SVP-Bundesräte



Bundesrat Guy Parmelin  
**01.08.2021; 09:30 Uhr**  
 Hofbeiz Bürli-Schiirli, Obzewald (VS)  
 (Anmeldung erforderlich:  
 bauernhof-wallis@bluewin.ch)  
**01.08.2021; 19:00 Uhr**  
 Sessa (Comune di Tresa) (TI)



Bundesrat Ueli Maurer  
**01.08.2022; 11:00 Uhr**  
 Dorfplatz, Dietlikon (ZH)  
 bei schlechtem Wetter: Saal Fadacher  
**01.08.2022; 14:00 Uhr**  
 Schulanlage Randenblick, Neunkirch (SH)  
**01.08.2022; 20:00 Uhr**  
 Marbachegg Marbach, Escholzmatt (LU)  
 Alp erreichbar mit Gondelbahn



Alt Bundesrat Christoph Blocher  
**01.08.2022; ab 09:30 Uhr**  
 Fronwagplatz, bei schlechtem/unsicherem Wetter in der Kirche St. Johann, Schaffhausen (SH)

### Kanton Aargau



Ständerat Hansjörg Knecht  
**01.08.2022; 21:00 Uhr**  
 im Amphitheater, Windisch



Nationalrat Benjamin Giezendanner  
**01.08.2022; 18:45 Uhr**  
 Buchs



### Kanton Appenzell Ausserrhoden



Nationalrat David Zuberbühler  
**31.07.2022; 19:30 Uhr**  
 Sportplatz-Areal (unterhalb der Kirche), Wolfhalden

### Kanton Bern



Ständerat Werner Salzmann  
**01.08.2022; 11:00 Uhr**  
 Dorfplatz, Rohrbach  
**01.08.2022; 19:00 Uhr**  
 Schulhausareal, Oberbipp



Nationalrat Lars Guggisberg  
**01.08.2022**  
 Kappelen



Nationalrat Andreas Gafner  
**31.07.2022; 20:00 Uhr**  
 Schulhaus Moos, St. Stephan  
**01.08.2022; 12:00 Uhr**  
 Schulhaus Chümig, Wimmis

### Kanton Solothurn



Nationalrat Christian Imark  
**01.08.2022; 18:00 Uhr**  
 Fehren (Nur geladene Gäste)



Nationalrat Walter Wobmann  
**01.08.2022; 11:00 Uhr**  
 beim Schulhaus, Niedergösgen  
 Öffentlicher Anlass  
**01.08.2022; 15:00 Uhr**  
 beim Schulhaus, Bärschwil  
 Öffentlicher Anlass



### Kanton Graubünden



Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher  
**01.08.2022; 17:30 Uhr**  
 Beim Badensee (neben Pradas Resort)  
 Breil/Brigels  
 Grosses Kinderfest mit verschiedenen  
 Essensständen ab 11.00 Uhr



**Kanton Thurgau**

Nationalrätin Diana Gutjahr  
**31.07.2022; 20:00 Uhr**  
 Buebebad, Eschenz  
**01.08.2022; 13:30 Uhr**  
 Festgelände der Primarschule in Kradolf,  
 Kradolf/Schönenberg an der Thur



Nationalrat Manuel Strupler  
**31.07.2022; 17:30 Uhr**  
 Gemeinde Münchwilen, Münchwilen  
**01.08.2022; 18:00 Uhr**  
 Schützenhaus Berghof, Herdern



Ständerat Jakob Stark  
**01.08.2022; 20:00 Uhr**  
 Klinik Schloss Mammern, Mammern

**Kanton St. Gallen**

Nationalrätin Esther Friedli  
**31.07.2022; 19:00 Uhr**  
 beim Schulhausplatz an der alten  
 Schule, Ennetbühl  
**01.08.2022; 09:30 Uhr**  
 im Freibad, Widnau  
**01.08.2022; 16:00 Uhr**  
 im Haus der Freiheit, Ebnet-Kappel  
 Reservation erwünscht, Teilnehmerzahl  
 begrenzt



Nationalrat Lukas Reimann  
**01.08.2022; ab 09:00 Uhr**  
 im Toggistübli, Wil, 1. August-Brunch  
 Reservation unter 071 565 71 60  
 toggistuebli@thurweb.ch



Nationalrat Mike Egger  
**31.07.2022; 18:30 Uhr**  
 Schulhaus Areal Ebnet, Arneggerstrasse 14,  
 Andwil  
**01.08.2022; ab 09:00 Uhr**  
 im Toggistübli, Wil, 1. August-Brunch  
 Reservation unter 071 565 71 60  
 toggistuebli@thurweb.ch  
**01.08.2022; ab 19:00 Uhr**  
 Dorfplatz, Valens (GR)

**Kanton Tessin**

Ständerat Marco Chiesa  
**01.08.2022; 11:30 Uhr**  
 Place Pestalozzi, Yverdon-les-Bains (VD)  
 (Offizielles Programm der Feierlichkeiten  
 in der Stadt Yverdon-les-Bains)  
**01.08.2022; 14:00 Uhr**  
 Ferme de Patrick et Cosette Grin, route  
 de Cuarny 9, Pomy (VD) (Anmeldung  
 bis zum 31.07.2022 an die SVP Waadt,  
 www.udc-vaud.ch)



Nationalrat Piero Marchesi  
**01.08.2022; 11:00 Uhr**  
 Azienda agricola Il Carraccio,  
 Castel San Pietro  
**01.08.2021; 21:30 Uhr**  
 Sessa (Comune di Tresa)

**Kanton Schwyz**

Nationalrat Marcel Dettling  
**01.08.2022; 11:15 Uhr**  
 Schössli 2, Grosswangen  
**01.08.2022; 17:00 Uhr**  
 Alp Tannenboden, Flumserberg

**Kanton Waadt**

Nationalrat Michaël Buffat  
**01.08.2022; 18:30 Uhr**  
 Municipalité d'Essertines-sur-Yverdon

**Kanton Schaffhausen**

Ständerat Hannes Germann  
**01.08.2022; 11:30 Uhr**  
 Schlatterhof zwischen Dörflingen und  
 Gennersbrunn, Dörflingen

**Kanton Zürich**

Nationalrat Alfred Heer  
**01.08.2022; 09:30 Uhr**  
 vor Mehrzweckhalle Seehalde,  
 Seefeldstrasse 8, Niederhasli



Nationalrat Roger Köppel  
**01.08.2022; 10:30 Uhr**  
 Gemeindehausplatz, Spreitenbach  
**01.08.2022; 18:00 Uhr**  
 Werkhof Moosmatt, Gipf-Oberfrick  
**01.08.2022; ab 18:00 Uhr**  
 Auf dem Chnübel, Dürrenäsch



Nationalrat Benjamin Fischer  
**01.08.2022; 12:15 Uhr**  
 Bauernhof Familie Haug, im Wiesentäli,  
 Weiningen

**Wichtige Information**

Sie interessieren sich für einen 1.-August-Anlass und der konkrete Veranstaltungsort fehlt? Leider waren bei Redaktionsschluss nicht alle Details zu den Veranstaltungsorten bekannt. Wir aktualisieren jedoch die online-Ausgabe unserer Parteizeitung. Sie finden alle Angaben unter: [www.svp.ch/partei/publikationen/parteizeitung/](http://www.svp.ch/partei/publikationen/parteizeitung/)





# Sichere Renten. Sichere Zukunft.

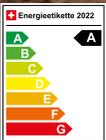
## AHV<sup>21</sup> JA



  
SUBARU

## ELEKTRISCH. SICHER. | SUBARU 4x4.

**SOLTERRA**  
DER ERSTE VOLLELEKTRISCHE SUV VON SUBARU.

 Solterra AWD, 218 PS, 18,1 kW/100 km, 0 g CO<sub>2</sub>/km, Kat. A

[subaru.ch](http://subaru.ch)

#### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, Mike Egger, iStockPhoto, VBS/DDPS, Parlamentsdienste 3003 Bern, Unsplash.com

# Die AHV für alle sichern

Ohne Korrektur werden bereits 2025 die Einnahmen der AHV die Ausgaben nicht mehr decken. Den kommenden Generationen sind wir es schuldig, eine stabile und sichere AHV zu hinterlassen. Das gleiche Rentenalter für Mann und Frau ist längst überfällig.



von Sandra Sollberger  
Nationalrätin  
Liestal (BL)

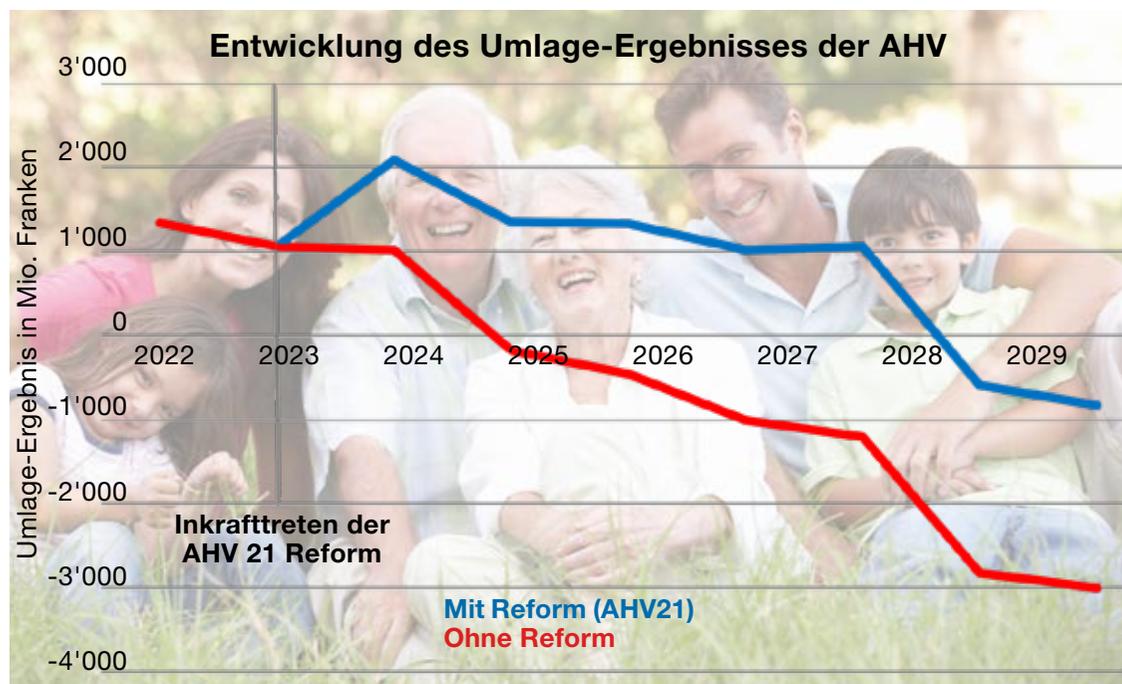
Am 25. September stimmen wir über die AHV ab. Denn die AHV braucht eine Renovation. Sie ist schon in die Jahre gekommen und funktioniert nicht mehr richtig: Vieles, was vor Jahrzehnten noch galt, gilt heute leider nicht mehr. Die Renten sind mit dem jetzigen System nicht mehr sicher. Die Ausgaben werden ohne Korrektur schon 2025 nicht mehr durch die laufenden Ausgaben gedeckt sein. Das sogenannte Umlage-Ergebnis wird somit negativ. Die kommenden Generationen können nicht mehr auf eine stabile AHV zählen. Das Gebäude ist mehr als brüchig. Deshalb braucht das grösste und wichtigste Sozialwerk der Schweiz ein sicheres Fundament. Wir müssen heute Verantwortung übernehmen, damit auch in Zukunft stabile Renten ausbezahlt werden können. Die Vorlage, über die wir abstimmen, setzt hier an und stellt die Weichen für eine AHV für alle.

## Faire Renten für alle Jahrgänge

Es ist ganz einfach: Ein Ja zu einer renovierten AHV bedeutet faire Renten für alle Jahrgänge. Die Reform stärkt die Solidarität zwischen den Generationen sowie zwischen Mann und Frau. Das gleiche Rentenalter für Mann und Frau wird mit Rentenzuschlägen und weiteren Massnahmen für die betroffenen Jahrgänge gestützt.

Die Kürzungen bei Frühpensionierungen werden bei den betroffenen Übergangsgenerationen beispielsweise weniger stark ausfallen. Personen mit geringerem Einkommen werden besonders berücksichtigt. Die Solidarität ist gross, und der Ausgleich für die Veränderung ist grosszügig ausgestaltet. Alle tragen einen Teil der Last mit. Als aktive Unternehmerin und Politikerin ist es für mich auch ein Zeichen der Gleichberechtigung, wenn das Rentenalter für alle gleich ist. Ich arbeite gerne und werde so lange arbeiten wie ich kann und gesund bin. Diesen Trend nimmt die

gang in die Pensionierung ermöglicht wird. Diese Flexibilisierung ist ein wichtiger Schritt zu einer zukunftsfähigen AHV. Das schafft individuelle Lösungen für jeden von uns. Wichtig ist aber, dass das System funktioniert. Die laufenden Einnahmen der AHV müssen die laufenden Ausgaben decken. Die aktuelle Vorlage, zu welcher auch eine Mehrwertsteuer-Erhöhung von 0.4 Prozent gehört, schafft es, dass das Umlage-Ergebnis länger positiv bleibt. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig. Diese Verantwortung müssen wir jetzt übernehmen. Die AHV braucht



Die AHV-Reform kommt allen Geschlechtern und Generationen zugute, den Jungen, den Erwerbstätigen und den Rentnern. Denn ohne die Reform ist das Überleben der AHV gefährdet.

AHV-Renovation auf. Viele Menschen arbeiten heute gerne und freiwillig länger. Das wird in Zukunft noch mehr der Fall sein.

## Den Weg freimachen für individuelle Lösungen

Die Modernisierung der AHV sieht aber auch vor, dass ein schrittweiser Über-

ein gutes Fundament, damit sie nicht ins Wanken kommt. Einzig die Linken halten an ihrem Klassenkampf fest. Alle Parteien ausser SP und Grünen sagen Ja zu dieser dringend nötigen AHV-Reform. Diese Stabilisierung der Altersvorsorge ist längst überfällig. Deshalb braucht es am 25. September ein Ja zu sicheren Renten und zur AHV-Renovation.

# Ja zur Ernährungssouveränität

Die Massentierhaltungsinitiative ist abzulehnen. Sie würde uns vom Ausland abhängig machen und die Existenz vieler Landwirte gefährden, ohne dem Tierwohl zu nützen.



von Alois Huber  
Nationalrat  
Wildegg (AG)

Als Bio-Landwirt produziere ich seit 25 Jahren Lebensmittel nach den Bio-Suisse Richtlinien für Konsumenten, welche bereit sind, für ihre Nahrungsmittel mehr Geld auszugeben als der Durchschnitt. Getrost könnte ich sagen, mich betrifft die Massentierhaltungsinitiative nicht, da ich die Anforderungen, welche im Initiativtext stehen, schon erfülle. Der extreme Initiativ-Text fordert jedoch eine Tierhaltung, welche der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Eine tierische Produktion nach den Richtlinien von Bio-Suisse würde die Produktion für Nicht-Biolandwirte massiv verteuern. Dies hätte auch Auswirkungen für die Konsumenten, wären doch diese Lebensmittel nicht für alle Lohnklassen erschwinglich.

Der aktuelle Trend zeigt auf, dass die schweizerische Landwirtschaft in den letzten Jahren immer mehr Fleisch nach La-

bel-Vorschriften produziert, die ein höheres Tierwohl verlangen. Der Konsum dieser Label-Produkte ist jedoch rückläufig. Die Annahme, dass es Tieren in grossen Ställen, welche in der Schweiz erlaubt sind, schlechter geht, ist ausserdem erwiesenermassen falsch. Die Betreuung der Tiere in diesen Ställen wird in der Regel von sehr gut ausgebildeten Landwirtinnen und Landwirten professionell erledigt. Auch hinsichtlich Tierwohl sind die modernen Ställe gut und nach den strengsten Tierenschutzvorschriften gebaut und eingerichtet. Wäre dies nicht der Fall, würden die Leistungen der Tiere für eine kostendeckende Produktion nicht ausreichen. Bei einer Annahme der Initiative müssten rund das Drei- bis Vierfache an Schweine- und Hühnerställe gebaut werden, um die gleiche Nahrungsmittelmenge zu produzieren. Dies wäre aus raumplanerischer Sicht, mit den heute schon geltenden Bauvorschriften in der Landwirtschaftszone, überhaupt nicht möglich.

## Mehr Importe, weniger Tierwohl

Gleichzeitig würde der Import von Eiern, Poulet und Schweinefleisch massiv zunehmen. Gemäss einer aktuellen Untersuchung der Fachhochschule Nordwestschweiz würde der Selbstversorgungsgrad bei Poulet von heute 58 auf 5 Prozent sinken. Bei den Eiern ginge er von 56 auf 20 Prozent und beim Schweinefleisch von 92 auf 50 Prozent zurück. Ob die Tiere im Ausland ein gleich gutes Tierwohl haben wie unsere Nutztiere, welche nach den heute

geltenden Vorschriften gehalten werden, ist mehr als nur stark zu bezweifeln. Würde die Höchstgrenze der Tiere pro Stall nach



Die extreme Tierhaltungs-Initiative gefährdet die Sicherheit der Lebensmittelversorgung in der Schweiz. Sie fördert den Import von ausländischen Lebensmitteln und schadet unseren Landwirten.

dem Initiativtext ausgelegt, wären sehr viele Familienbetriebe auf ein Nebeneinkommen ausserhalb der Landwirtschaft angewiesen. Einen dadurch entstehenden negativen Einfluss auf das Tierwohl ist deshalb nicht auszuschliessen, da die Tierbetreuung nur noch am Morgen und am Abend stattfinden würde.

## Initianten gegen Fleischkonsum

Betrachtet man die Initianten und ihr Gedankengut etwas genauer, ist schnell festzustellen, dass es ihnen nicht um die Höchstzahl der Tierbestände in den einzelnen Ställen geht. Ihr Ziel ist es, dass der Fleischkonsum stark zurückgeht und sich die Bevölkerung in der Schweiz in absehbarer Zeit nur noch vegetarisch oder vegan ernährt.

**Mit einem NEIN zur Massentierhaltungs-Initiative am 25. September sagen wir Ja zu einer tiergerechten, leistungsfähigen und umweltschonenden Tierhaltung.**

**Landjäger.ch**  
Es ist nicht Wurst, was du trägst!

Scherenschnitt & Edelweiss Mode  
Gratis Landjäger dazubestellen!

Landjäger.ch      Tel: 041 925 60 80  
Oberwiberg 6      www.landjaeger.ch  
6212 St. Erhard      verkauf@landjaeger.ch

# Schweizer Asylpolitik von der Realität überholt

Unser Asylrecht und unsere Migrationspolitik sind veraltet und entsprechen nicht mehr den heutigen Realitäten. Um den Herausforderungen begegnen zu können, muss das Asylrecht neu gestaltet werden. Namentlich die Hilfe vor Ort ist mehr zu gewichten.



von Gregor Rutz  
Nationalrat  
Zollikon (ZH)

Anno 1974 forderte der Berner SVP-Nationalrat Walther Hofer den Erlass eines Asylgesetzes. Doch bereits Hofer selbst kritisierte den Erlassentwurf: Dieser sei nicht tauglich für eine zukunftsgerichtete Migrationspolitik. Anstelle von Einschränkungen habe der Bundesrat «die Tore weit aufgemacht». Das Fazit Hofers: «Das kann doch nicht der Sinn dieses Gesetzes sein.»

## Sogwirkung dank veralteter Regulierung

Heute sehen wir: Die Schweizer Asylgesetzgebung ist völlig veraltet und zielt an den Realitäten vorbei. Ein Paradigmenwechsel drängt sich auf. Die traditionelle Asylpolitik der Schweiz konzentrierte sich immer auf die Hilfe für Personen aus unmittelbarer Nachbarschaft. Heute aber sind wir mit globalen Migrationsbewegungen konfrontiert. Das Wohlstandsgefälle und die demographischen Entwicklungen treiben die Wanderungsströme nach Westeuropa weiter an.

Die – meist jungen und männlichen – Migranten wissen genau: Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert. Das Bestreben links-grüner Kreise, «Sans Papiers» (also illegal Anwesende) zu legalisieren, verstärkt diese Sogwirkung. Die Bezeichnung «vorläufig aufgenommen» ist irreführend, denn die Wegweisung sol-

cher Personen ist faktisch unmöglich. In aller Regel bleiben sie für immer hier – oft mit drastischen Auswirkungen auf die Sozialkosten oder die öffentliche Sicherheit.

## Verdoppelung der Personen im Asylprozess

Eine neue Belastung erfuhr unser Asylsystem mit dem sogenannten «Schutzstatus S», der aufgrund des Krieges in der Ukraine erstmals aktiviert wurde. Der Status S wurde zur befristeten humanitären Aufnahme von Gruppen geschaffen, bei denen die Flüchtlingseigenschaft nicht überprüft wird. Der Hauptunterschied zum herkömmlichen Asylverfahren liegt darin, dass die Geflüchteten rasch und unbürokratisch ein Aufenthaltsrecht erhalten, ohne dass sie ein ordentliches Verfahren durchlaufen müssen. Der Status S ist rückkehrorientiert, auf höchstens ein Jahr befristet und verlängerbar.

Die Zahlen sind enorm: Anfang Juli waren bereits über 58'000 ukrainische Flüchtlinge registriert – meist Frauen und Kinder. Zusammen mit den Migranten im herkömmlichen Verfahren hat sich die Zahl der Personen, die sich im Asylprozess befinden, auf rund 110'000 verdoppelt. Vergleicht man diesen Wert mit den 39'523 Asylgesuchen, welche die Schweiz im Rekordjahr 2015 zu gewärtigen hatte,

zeigt sich deutlich: Das Migrationsdossier entgleitet uns mehr und mehr.

## Hilfe vor Ort forcieren

Unsere Migrationspolitik stösst an ihre Grenzen. Jetzt sehen wir, wie verhängnisvoll es ist, wenn Wirtschaftsmigranten die Asylinfrastruktur belegen, während gleichzeitig wirklich Verfolgte um Schutz ersuchen. Die Argumentation des Bundes, dass der Schutzstatus S dazu dient, das «Asylsystem nicht zu



Die Asylpolitik läuft aus dem Ruder. Die Aufnahme von Flüchtlingen stösst an Grenzen. Wir müssen das Asylwesen neu gestalten.

überlasten», stimmt nur bedingt und kurzfristig: Unterbringung, Betreuung und weitere Massnahmen fallen trotzdem an.

Ein Sofortprogramm «Hilfe vor Ort» drängt sich auf. Sei es im Ukraine-Konflikt, sei es punkto Wirtschaftsmigration: Die Erkenntnis, dass Hilfe und Schutz nicht gleichbedeutend mit Aufnahme sind, muss sich durchsetzen. Eine Neuausrichtung unserer Migrationspolitik ist unumgänglich.

# Ernährungs- Sicherheit zerstören?

**Gefährliche  
Tierhaltungs-  
Initiative**

**NEIN**



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

# Geld zurück in die Schweiz!

Die Verrechnungssteuerreform, über die wir am 25. September abstimmen, hilft den Unternehmen und macht unseren Wirtschaftsstandort attraktiv. Und die Schweiz profitiert erst noch von höheren Einnahmen.



von Franz Grüter  
Nationalrat  
Eich (LU)

Es stimmt: Die Reform der Verrechnungssteuer ist kompliziert. Aber das ist auch richtig so. Denn es handelt sich nur um eine sehr gezielte Teil-Abschaffung der Verrechnungssteuer. Jener Bereich, der die Steuerumgehung verhindert, bleibt unangetastet! Glauben Sie also nicht, was die Gegner über drohende Steuerausfälle verbreiten.

Der wichtigste Punkt dieser Reform ist: Wir holen Geld zurück in die Schweiz. Wir schaffen eine unnötige Steuer ab und haben am Ende sogar mehr Einnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden!

Worum geht es? Wenn eine Firma heute Geld aufnimmt, um ihre Investi-

tionen zu finanzieren, muss sie auf ihre Zinserträge die Verrechnungssteuer zahlen. Damit wird die Finanzierung von Unternehmen unnötig verteuert. Die logische Folge davon ist: Das Anleihen-Geschäft für Unternehmen ist ins Ausland abgewandert. Zum Beispiel nach Luxemburg. Seit 2009 ist in der Schweiz das Volumen von Anleihen um 57 Prozent gesunken. Die Abwanderung der Unternehmensfinanzierung ins Ausland bringt die Schweiz um Steuereinnahmen und Wertschöpfung.

## Breite Allianz für Abschaffung

Eine breite Allianz aus politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich deshalb dafür ein, dass das Geld und die Steuern aus dem Ausland in die Schweiz zurückkommen. SVP, FDP, Mitte, Grünliberale, Kantone (Finanzdirektorenkonferenz), Handelskammern und Wirtschaftsverbände unterstützen die Reform von Bundesrat und Parlament. Auch die Bauern, die Arbeitgeber und das Gewerbe befürworten

die Reform. Die Schweiz soll nicht länger Steuern, Arbeitsplätze und AHV-Beiträge ans Ausland verschenken.

Warum die Linken und Gewerkschaften gegen dieses Projekt sind, ist mir völlig schleierhaft. Denn normalerweise unterstützen SP und Grüne ja jedes Vorhaben, das mehr Steuereinnahmen für den Staat bringt. Aber so sind offenbar die Links-Grünen: Sie machen lieber Politik gegen die Interessen der Schweiz und verteidigen die Steuervorteile anderer Länder.

## Bund, Kantone und Gemeinden profitieren

Die Gegner der Reform der schädlichen Verrechnungssteuer behaupten zudem, dass nur grosse Unternehmen profitierten – und zwar auf Kosten von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das ist aus zwei Gründen falsch. Erstens holen wir das ins Ausland verscheuchte Anleihen-Geschäft zurück in unser Land. Das schafft Mehreinnahmen und Wertschöpfung in der Schweiz statt in Luxemburg.

Zweitens werden Bund, Kantone und Gemeinden direkt von günstigeren Konditionen bei der Kapitalaufnahme profitieren. Mit der Reform könnten Bund, Kantone und Gemeinden so rund 60 bis 200 Millionen pro Jahr an Zinskosten sparen. Und alles, was der Staat einspart, müssen wir Steuerzahler nicht zusätzlich abliefern.

Mit einem Ja zur Reform der Verrechnungssteuer am 25. September holen wir Geld zurück in die Schweiz!



**Holen wir unser Geld aus dem Ausland zurück!**

**Geld zurück  
in die  
Schweiz!**

**Verrechnungssteuer-  
Reform**



**J A**